

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #37/2016

19. November 2016

Die Fragen stellte Dr. Oliver Rottmann, Geschäftsführender Vorstand des Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. an der Universität Leipzig.

Dr. Oliver Rottmann:

Frau Bundeskanzlerin, nächste Woche wird im Bundestag der Haushalt 2017 beraten und beschlossen. Nachdem – mit Blick auf die Flüchtlingssituation – die Erstaufnahme gemeistert wurde: Wo liegen die Schwerpunkte bzw. wo liegt die finanzielle Herausforderung in der Integration, also in der Arbeitsmarktintegration, in der Gesellschaftsintegration der Flüchtlinge?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ja, erst mal: Wir debattieren den Haushalt. Der Haushalt ist ausgeglichen. Das heißt, die Steuereinnahmen, die wir für 2017 voraussehen, decken das, was wir ausgeben, ab. Damit führen wir die Situation fort, die wir jetzt schon in dieser Legislaturperiode hatten: Keine neuen Schulden auf Kosten zukünftiger Generationen. Natürlich trägt dazu einerseits die gute wirtschaftliche Lage bei, andererseits aber auch das niedrige Zinsniveau. Und wir setzen verstärkt auf Investitionen, sowohl im Breitband als auch in Straßen, Schienenwege – ich glaube, das ist etwas Wichtiges –, und auch auf andere Investitionen. Und natürlich dann auf das Thema „Flüchtlinge“: Wir haben hier mit den Ländern ein Übereinkommen geschlossen, und das Thema „Integration“ steht hier im Vordergrund. Es geht jetzt um Sprachkurse, es geht um die Frage der Integration in den Arbeitsmarkt, wie Sie es schon gesagt haben, auch um neue Möglichkeiten der Überbrückungen, damit Menschen, die zu uns geflüchtet sind, auch in die Lage versetzt werden, überhaupt die normalen Ausbildungswege zu beschreiten. Und ich glaube, das ist gut investiertes Geld. Aber wichtig ist die Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger: Wir steigern auch Ausgaben in anderen Bereichen – für die, die schon immer in Deutschland leben. Und deshalb muss niemand zurückstecken, im Gegenteil: Wir können sogar Ausgaben erhöhen.

Zum Thema Bund-Länder-Finanzbeziehung: Am 14. Oktober gab es ja eine Einigung zwischen dem Bund den Ländern. Jetzt kommen Mehrbelastungen auf den Bund von zehn Milliarden im Zuge der Einigung zu. Auch die Aufgabenübertragungen auf den Bund von den Ländern nehmen zu. Macht das die Finanzplanung, die mittelfristige Finanzplanung, nicht brüchig?

Nein, das sehen wir nicht so. Wir haben ja eine Situation, in der wir Berechenbarkeit auch für die Länder brauchen. Bund und Länder müssen gut zusammenarbeiten; wir haben eben über die Flüchtlingsfrage gesprochen. Aber auch die Länder müssen ihre Aufgaben erfüllen können. Wir reduzieren ja im Augenblick die Hilfe für die neuen Bundesländer Jahr für Jahr, werden sie dann aber auf einem bestimmten Niveau fortschreiben; und das brauchen die neuen Länder, auch für ihre Entwicklung. Der Bund hat die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag, und deshalb ist es auch richtig, dass er trotzdem weiter die neuen Länder unterstützt. Ich glaube, wir können es

wuppen, wir können es schaffen. Aber natürlich war uns auch wichtig, dass der Bund im Verhältnis zu den Ländern die Möglichkeiten bekommt, auch bestimmte Dinge durchzusetzen, die uns effizienter arbeiten lassen, zum Beispiel in der Zusammenarbeit über die Digitalisierung, die Einrichtung von Bürgerportalen. Und deshalb wird es eine Reihe von Grundgesetzänderungen geben, die auch die Möglichkeiten des Bundes stärken. Und insofern glaube ich, ist es ein fairer Ausgleich.

Im Blick jetzt auf die Beziehung zu Amerika: Jetzt hat der designierte Präsident von Amerika, Donald Trump, in seiner Agenda einige Maßnahmen bekundet, die auch die finanzpolitische, die fiskalische Agenda von anderen Staaten beeinflussen könnte – Klimaverhandlungen, Rüstungspolitik oder auch bilaterale Handelsbeziehungen. Ist das schon eingeplant in die mittelfristige Finanzplanung, sofern das möglich ist?

Bereits der jetzige Präsident, Barack Obama, hat uns Europäern und ganz besonders auch Deutschland immer darauf hingewiesen, dass wir – gerade bei den Verteidigungsausgaben, zum Beispiel – noch weit unter dem Ziel sind, das wir uns selbst einmal in der NATO gegeben haben, was die Verteidigungsausgaben anbelangt. Und deshalb haben wir jetzt Steigerungen im Verteidigungsbereich; genauso wie bei der Entwicklungshilfe, um einfach Fluchtursachen besser bekämpfen zu können, für unsere Sicherheit besser eintreten zu können. Wir haben auch große Steigerungen im Bereich der inneren Sicherheit und der Vorkehrungen dafür. Das heißt, Sicherheit spielt schon eine große Rolle, und das ist nicht erst seit der Wahl des neuen Präsidenten in den Vereinigten Staaten von Amerika so.

Stichwort Bildungsetat: Der ist ja enorm gestiegen über die letzten Jahre – auf 17,6 Milliarden im Haushalt 2017. Das ist eine Veränderung gegenüber 2009 – noch 10 Milliarden – von 7,6 Milliarden. Dennoch: Ist nicht im Hinblick auf die enormen Herausforderungen, denen Deutschland gegenübersteht – demografische Entwicklung, Flüchtlingsintegration –, ist dies nicht im Verhältnis zu den Gesamtausgaben noch zu wenig?

Also, der Bund hat in der Zeit, in der ich Bundeskanzlerin bin, an vielen, vielen Stellen bereits sehr viel mehr Verantwortung übernommen, was Bildungsaufgaben anbelangt, den Hochschulpakt zum Beispiel, eine Initiative zur besseren Lehrerbildung. Wir werden jetzt in Schulen investieren – im Zusammenhang mit einem Programm für finanzschwache Kommunen. Wir überlegen uns, wie wir die Berufsschulen besser ausstatten können. Das heißt, mal davon ausgehend, dass für die schulische Bildung und die Hochschulbildung die Länder nach dem Grundgesetz Verantwortung tragen, haben wir die Mehrbelastung hier schon an vielen Stellen mit aufgenommen, durch Beiträge auch des Bundes. Der Bund ist im Wesentlichen für die Forschungsfragen verantwortlich; hier haben wir auch unsere Zahlungen verdoppelt. Und im Bildungsbereich steigen sie auch, jetzt um sieben Prozent. Ich glaube, das kann sich sehen lassen. Und die Steuereinnahmen steigen ja nicht nur beim Bund, sondern sie steigen anteilmäßig auch bei Ländern und Kommunen.